

Die Restalinisierung

Autor(en): **Angelus, Oskar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 6

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162312>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

scheiden des katholischen Südirland aus dem Empire und die Lockerung der Bindungen zum Vereinigten Königreich ein *modus vivendi* gefunden worden sei. Die jüngsten blutigen Auseinandersetzungen, die mit einer an vergangene Zeiten erinnernden Intoleranz geführt wurden, zeigen,

dass die irische Frage, wenn auch in ihren Dimensionen gegenüber dem letzten Jahrhundert wesentlich reduziert, noch nichts von ihrer zerstörerischen Sprengkraft verloren hat.

Fabius

DIE RESTALINISIERUNG

Die Abkehr von Stalin 1956

Anlässlich des XX. Parteikongresses von 1956 hielt *Chruschtschew* in einer geschlossenen Sitzung seine bekannte Rede, den Bericht «Über den Personenkult und seine Folgen», die eine Abrechnung mit Stalin darstellt. Damit schloss die mit dem Tode des Diktators begonnene Periode der «stillen Entstalinisierung» ab, die Zeit, die Schriftstellern, Gelehrten und selbst dem Volk tatsächlich ein Minimum an Freiheit gebracht hatte.

Die Abkehr von Stalin hatte besondere Ziele: Die Person wurde geopfert, um das Werk zu erhalten, wie westliche Experten zu Recht feststellten. Innenpolitisch sollten die Angriffe Chruschtschews den Boden stärken, auf dem die neue Führung stand. Aussenpolitisch wurde ein Sündenbock geschaffen für alle im Westen offen oder verschleiert geäußerten Missbilligungen des politischen Kurses der UdSSR. Dank einer geschickten Propaganda erreichte der Kreml sein Ziel. Nicht einmal die Tatsache, dass der Grund, auf dem Chruschtschew seine Stellung aufgebaut hatte, die Liquidierung des «Personenkults» und der Konzentration aller Macht in einer Hand, allmählich illusorisch wurde, konnten das in der freien Welt verbreitete Märchen von der Liberalisierung in der Sowjetunion umstossen.

Erst der Schreck, den die Besetzung der zur Demokratisierung neigenden Tschechoslowakei auslöste, scheint die Erkenntnis gebracht zu haben, dass die Periode der sogenannten «Entstalinisierung» aufge-

hört und die der Restalinisierung, des verschärften politisch-polizeilichen Kurses, begonnen hat.

Was die negative Stellungnahme der westlichen kommunistischen Parteien zum tschechoslowakischen Abenteuer der UdSSR angeht, so ist neben aufrichtiger Verurteilung wie in Jugoslawien oder Unbehagen wie in Italien und Rumänien auch Fälschung mit im Spiel. Die Parteiführer waren gezwungen, Moskau zu kritisieren, um ihre Anhängerschaft nicht etwa Mao in die Arme zu treiben. In Schweden zum Beispiel glaubt niemand, dass der – wohlhabende – Kommunistenführer *Carl-Henrik Hermansson* es mit seiner Forderung, die schwedische Regierung solle als Reaktion auf die Prager Ereignisse ihren Botschafter aus Moskau abberufen, ernst meinte. Dieser als Mitstreiter Stalins im goldenen Zeitalter vor 1953 bekannte Politiker war bemüht, aus dem drohenden Konkurs – vor den Parlamentswahlen – das zu retten, was noch zu retten war. Der Kreml hat ja auch nichts gegen ihn unternommen, was sonst bei offenem Ungehorsam die Regel ist.

Erste Anzeichen der Restalinisierung

Die Restalinisierung *musste* einmal kommen. Das mit der Verdammung des Diktators erweckte Freiheitsstreben drohte dem Kreml die Zügel aus der Hand zu reißen und den Kommunismus im In- und Ausland auf Bahnen zu lenken, die Moskau abträglich sind. Es bemühte sich folge-

richtig, wieder vermehrt mit Hilfe der Geheimpolizei zu regieren und für ein «richtiges» Denken und Trachten der eigenen Untertanen und der Satelliten zu sorgen.

Die Aufwertung Stalins begann bereits 1956. Den Beginn machte derselbe *Chruschtschew*, der einige Monate früher das Feuer der Entstalinisierung entfacht hatte und sich ausserstande sah, es sachte einzudämmen. Er sprach von «Verirrungen» bei Studenten und begann eine Kampagne gegen Schriftsteller, die die frische Luft zu freien Atemübungen benutzten. Die «Prawda» leugnete die Existenz eines Stalinismus überhaupt ab, und *Chruschtschew* erklärte bei einem Empfang in der chinesischen Botschaft am 17. Januar 1957, dass der Stalinismus und Stalin selbst vom Kommunismus nicht zu trennen seien.

Verschärfung unter Breschnew

Die offene Restalinisierung begann 1965, als *Breschnew* in einer Rede Stalin als «Helden» bezeichnete. Das wichtigste Motiv für diese Ehrenrettung dürfte der Wunsch gewesen sein, mit China in ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zu gelangen. Die Beziehungen der beiden führenden kommunistischen Länder zueinander hatten sich zunehmend verschlechtert. *Chruschtschew* wurde wegen seines «typischen Revisionismus» angegriffen, Stalin als Vorkämpfer der reinen Lehre gefeiert. Der unerwartete Sturz *Chruschtschews* 1964 wird vielfach mit den für die UdSSR höchst unangenehmen Auseinandersetzungen mit China und dem dadurch entstandenen Prestigeverlust bei ausländischen Kommunisten in Verbindung gebracht.

Fest steht, dass die sowjetische Politik unter *Chruschtschew* nicht den Grund, sondern nur den Anlass zu den chinesisch-russischen Spannungen bildete. Die stärksten Impulse zur Rehabilitierung Stalins gingen nämlich von leitenden Militärs aus, von denen einige, unter ihnen Marschall *Schukow*, ab 1956 zu seinen heftigsten Angreifern gehörten. Jetzt versichert der-

selbe *Schukow* in seinen Memoiren, Stalin sei «ein höflicher, toleranter und weiser Befehlshaber» gewesen. Ein Grossreinemachen des Generalissimus! Zum 50. Jahrestag der Sowjetarmee erschien Anfang 1968 als Ausgabe des Verteidigungsministeriums ein 624 Seiten umfassendes Werk über die Sowjetarmee. An der Spitze des Redaktionsausschusses stand der erste stellvertretende Verteidigungsminister *Sacharow*. Das Buch spricht sich nur positiv über Stalin aus, der im Zweiten Weltkrieg die Streitkräfte mit grosser Autorität geleitet habe. Die Angaben des Werkes bekräftigte der Verteidigungsminister, Marschall *Gretschko*, in einer Rede im Februar 1968. Er setzte seine «Richtigstellungen» in einem Werk über den Zweiten Weltkrieg im Kaukasus fort und fand einen neuen Schuldigen an den anfänglichen sowjetischen Misserfolgen in der Person des liquidierten *Berija*.

Auch weitere Offiziere haben sich um Stalin bemüht, so Generaloberst *Wannikow* und Generalmajor *Boltin*. Dabei ist es nicht ohne Reiz festzustellen, dass die meisten dieser Offiziere nach 1956 Stalin nicht schonungslos genug in seiner Eigenschaft als oberster Befehlshaber heruntermachen konnten. Dieser besonders bei Offizieren krass in die Augen stehende Frontwechsel dürfte seinen Grund im Druck haben, den die Partei ausübt und dessen Motiv – die Vorherrschaft der KP – durch Beweggründe wie Vaterlandsliebe, Stärkung der Macht der Heimat aller Werktätigen verdeckt wird. Militärs aller Zeiten und Länder lassen sich leicht von gerissenen Politikern beschwatzen.

Typische Symptome

Die einem steten Wandel unterworfenen politischen Anschauungen führender Offiziere wirken nicht unmittelbar auf das Leben der gewöhnlichen Bürger ein, die sich daher über diese und ähnliche Fragen nicht aufregen. Die Gewitzigteren verstehen in ihnen Symptome zu sehen, legen ihnen jedoch wenig Bedeutung bei. Wichtiger sind

dem Untertan andere Erscheinungen: etwa die Tatsache, dass das «Politbüro» der Stalin-Ära, in «Präsidium des Zentralkomitees der Partei» umbenannt, ab 1966 seinen alten Namen zurückerhielt, der «Erste Sekretär des Zentralkomitees» zur Zeit Breschnew wieder wie vor 1953 «Generalsekretär» heisst oder dass das «Ministerium für den Schutz der öffentlichen Ordnung» erneut wie in der bösen Vergangenheit die Benennung «Innenministerium» und damit die in Verruf geratene Abkürzung «MWD» zu tragen begann. Das bedeutet wenigstens bis heute keine Reorganisation der politischen Polizei im Sinne Stalin-Berijas, aber der Bürger wird daran erinnert, dass es in der UdSSR keinen Schutz vor der Wiederkehr des absoluten Polizeistaates gibt.

Was jedoch die Bevölkerung am meisten beunruhigt und der UdSSR im Ausland mehr geschadet hat als jegliche antisowjetische Propaganda, ist die gesteigerte Bevormundung des Geisteslebens durch die Partei. Sie wird etwa illustriert durch den Prozess gegen die Schriftsteller *Sinjawskij* (Pseudonym Terz) und *Daniel* (Arschak), die 1966 zu sieben bzw. fünf Jahren Straflager verurteilt wurden. Über den Prozess und die Leiden der Verurteilten im Lager Potma finden sich interessante Einzelheiten bei der Schriftstellerin *Maurina*. Ihr Verbrechen bestand in der Veröffentlichung von Werken im Auslande, die in der UdSSR nie gedruckt worden wären. Was geschähe wohl im Westen, wenn die Gerichte hier nach dem sowjetischen Rezept verführen? Diesem Prozess folgte ein Rattenschwanz anderer, die junge Angehörige der Intelligenz wegen ihrer Sympathiekundgebungen zugunsten der bestraften Schriftsteller gleichfalls schuldig sprachen, wie *Ginsburg*, *Galanskow*, *Dobrowolskij*, *Laschkowa*. Der letzte bis heute bekannt gewordene Fall betrifft den Mathematiker *Burmistrowitsch*, der am 21. Mai 1969 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er soll Kopien verbotener Werke Daniels und Sinjawskijs verbreitet haben.

Ende Mai 1969 musste der bekannte Chefredakteur der literarischen Monats-

schrift «Nowy Mir», *Twardowskij*, seinen Posten aufgeben. Er hatte, seinerzeit von Chruschtschew protegiert, jahrelang junge Talente gefördert, war unter anderem für *Alexander Solschenizyn* eingetreten und hatte dessen inzwischen weltberühmt gewordenen Roman «Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch» veröffentlicht. Als auf dem Gebiet der Kulturpolitik erneut eisige Winde zu wehen begannen, wurde seine Arbeit erschwert, den Druck einiger Bücher, so Solschenizyns «Krebsstation», von der Partei untersagt, bis er schliesslich den Befehl erhielt «zu erkranken».

Die unaufhaltsam fortschreitende Restalinisierung in der Innenpolitik charakterisiert treffend die Verhaftung des Generals *Grigorenko* am 18. Mai 1969 und einige damit verbundene Ereignisse. Der General hatte sich für die Freilassung von 11 Krimtataren eingesetzt, die die Wiederherstellung der unter Stalin eingebüsstten Rechte der Krimtataren angestrebt hatten und deshalb verhaftet worden waren. Für den General traten ihrerseits in einer Petition 55 Angehörige der Intelligenz ein, unter ihnen der Sohn des von Stalin 1937 liquidierten Generals Jona Jakir, der Historiker *Peter Jakir*. Nach den momentan in der UdSSR herrschenden Gepflogenheiten müsste jetzt die Verhaftung der Unterzeichner der Eingabe folgen.

Der Grund der verschärften Stellungnahme der Partei zur Haltung sowjetischer Autoren muss im wachsenden Gegensatz eines Teils der Intelligenz zum Marxismus-Leninismus in seiner jetzigen Form zu suchen sein. Die dadurch hervorgerufenen Spannungen scheinen einen Grad erreicht zu haben, der den Kreml zwingt, zu stalinistischen Massnahmen zu greifen. Einen weiteren Grund bildet die aussenpolitisch schwierige Stellung, in die Moskau nach der Tschechenkrise und dem verschärften chinesischen Druck geraten ist. Die Zahl der Fronten des kalten und lauen Krieges hat sich beängstigend vergrössert. Die lautstark vorgebrachten Drohungen Breschnews auf der Moskauer kommunistischen Gipfelkonferenz im Sommer 1969 können über die prekäre Situation der

Sowjetunion und ihres derzeitigen Führers nicht hinwegtäuschen.

Die CSSR-Krise

Die Tschechenkrise ist immer noch der unangenehmste Bissen, den Moskau sich selbst vorgesetzt hat und der unvorhergesehen schwer zu schlucken ist. Die Urheber der Aktion sind wohl in den Reihen der Militärs zu suchen, von denen die Marschälle Gretscho und Jakubowskij ausgesprochene Feinde des Westens sind. Die Unterdrückung des «Brudervolkes» war Experten zufolge militärisch ausgezeichnet vorbereitet. Politisch war sie es keineswegs. Auch dieser Rückfall der UdSSR in den politischen Stil Stalins hat in der Sowjetunion selbst Reaktionen ausgelöst. Ein Beispiel unter vielen ist die Verbannung des Physikers *Litwinow* wegen seines Protestes gegen die Okkupation.

Im März 1968 sagte der heutige starke Mann in Prag, *Gustav Husak*: «Die Menschen übernehmen nun einmal keine Ansichten, die ihnen von oben vorgelegt werden ... Wenn sie kein institutionell garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung haben, dann muss es zu einer Degenerierung des politischen Systems kommen». Wie Husak seine Gedanken in der Praxis durchführt, zeigt das tägliche Leben in der heutigen Tschechoslowakei. Am 9. Mai 1969 versicherte Husak in der «Prawda», dass in Prag alles getan würde, um die Beziehungen mit der Sowjetunion zu festigen. Am 16. reichte der Kulturminister *Galuska* sein Abschiedsgesuch ein als Folge der gegen die reformfreundliche Presse unternommenen Schritte (Verbot der Wochenschriften «Listy» und «Reporter»). Am 21. unterlag die Leitung der tschechoslowakischen Gewerkschaften dem sowjetischen Druck und schwenkte auf einen prorussischen Kurs ein. Am 27. wurde einer der be-

kanntesten Männer des «Prager Frühlings», der südmährische KP-Chef *Spacek*, seines Postens enthoben. Am 1. Juni flog eine Reihe von Vertretern des Reformkurses aus dem Zentralkomitee der KP, so der frühere stellvertretende Ministerpräsident *Sik*, der ehemalige Vorsitzende der Nationalen Front, *Kriegel*, der Philosoph *Kosik*. Fünf ZK-Mitglieder erhielten Verweise; zur Untersuchung der Tätigkeit anderer wurde eine Sonderkommission gebildet, das heisst die Betroffenen wurden unter besonderen Druck gesetzt. Am 3. Juni gingen viele Schlüsselpositionen im Prager ZK an Altstalinisten, von denen *Strougal*, jetzt Stellvertreter Husaks, der bekannteste ist. In Studenten-, Jugend- und anderen Verbänden wird gesäubert und überall mit Fleiss «Kritik und Selbstkritik» geübt, eine der verabscheuungswürdigsten Methoden Stalins, um unzuverlässige Genossen zum Kuschen zu bringen. Und schliesslich wird die Invasion vom 21. August 1968 langsam, aber planmässig in eine «freundschaftliche Aktion» der am Überfall beteiligten Länder umgewandelt. Es fehlen noch die Liquidierungen und Deportationen, um die Zeiten vor 1953 in aller Vollkommenheit wiedererstehen zu lassen. Breschnew braucht, selbst um mit einem kommunistischen Staat zu koexistieren, Panzerwagen – was kann man da viel von seiner diesjährigen «Friedensrede» am 1. Mai in Moskau halten?

Der Jugoslawe und Kommunist Djilas, der Stalin persönlich gut gekannt hat, schrieb vor einigen Jahren: «Stalins böser Geist schwebt noch immer über der Sowjetunion, und man hat Grund zu fürchten, dass er – vorausgesetzt, dass kein neuer Krieg ausbricht – es noch lange tun wird.» Wie recht Djilas hatte, zeigt die Gegenwart.

Oskar Angelus